

Hamburgs Zukunft sichern.

A 96 - 01848

Regierungsleitsätze der Hamburger SPD 1970

| Inhalt | Seiten |
|---|---------------|
| „Hamburgs Zukunft sichern“ | 5– 7 |
| Wachsende Wirtschaft – stabile Arbeitsplätze | 8– 9 |
| Moderner Verkehr | 10–11 |
| Bildung für alle | 12–15 |
| Städtebau von morgen | 16–17 |
| Leben in der modernen Großstadt | 18–20 |
| Unsere soziale Verantwortung | 21–22 |
| Unser Gesundheitswesen | 23–24 |
| Freiheit, Sicherheit und Ordnung | 25 |
| Reform von Parlament und Verwaltung | 27 |
| Solide Finanzplanung | 28 |

A 96 - 01848



1-1
2-2
3-3
4-4
5-5
6-6
7-7
8-8
9-9
10-10
11-11
12-12
13-13
14-14
15-15
16-16
17-17
18-18
19-19
20-20
21-21
22-22
23-23
24-24
25-25
26-26
27-27
28-28
29-29
30-30
31-31
32-32
33-33
34-34
35-35
36-36
37-37
38-38
39-39
40-40
41-41
42-42
43-43
44-44
45-45
46-46
47-47
48-48
49-49
50-50



Hamburgs Zukunft sichern

Am 22. März wird in Hamburg gewählt. An diesem Tage sprechen die Wähler mit dem Stimmzettel ihr Urteil über die Politik des Senats. Sie entscheiden, wer in den kommenden vier Jahren in Hamburg regieren soll. Damit fällt zugleich die Entscheidung über die zukünftige Entwicklung unserer Stadt.

In den vergangenen vier Jahren haben die Hamburger Sozialdemokraten die Regierungsverantwortung allein getragen. Was sie in dieser Zeit geleistet haben, ist für jedermann sichtbar. Unsere Erfolge sind das Ergebnis einer weit vorausschauenden Reformpolitik, die die Chancen des technischen und wirtschaftlichen Fortschritts zu nutzen weiß und zugleich bestrebt ist, die Probleme und Konflikte einer großstädtischen Leistungs- und Wohlstandsgesellschaft zu meistern. Die Hamburger Sozialdemokraten werden diese Politik in dem vor uns liegenden Jahrzehnt mit dem Blick auf das Jahr 2000 fortsetzen.

Hamburg wird seinen Beitrag zur Gesellschaftspolitik der Bundesrepublik leisten und dabei auf der Seite der Reformer in diesem Land stehen. Eine umfassende Demokratisierung der Gesellschaft ist die große Aufgabe, die vor uns liegt. Hamburg steht dabei nicht allein. Die Wahl Gustav Heinemanns zum Bundespräsidenten und die Bildung einer neuen Bundesregierung unter sozialdemokratischer Führung sind helle Daten in der jungen Geschichte der deutschen Demokratie.

Wir werden unsere Stadt Hamburg weiter ausbauen zu einer blühenden Metropole. Fünf Grundsätze sind die Richtschnur unseres Regierungsprogramms für die nächsten vier Jahre.

1.

Die zukünftige Entwicklung Hamburgs, die Gestaltung der persönlichen und gesellschaftlichen Lebensverhältnisse in dieser Stadt ist abhängig von der Leistungsfähigkeit und Effektivität der Hamburger Wirtschaft.

Unter sozialdemokratischer Verantwortung ist in Hamburg eine systematische Industrialisierungspolitik betrieben worden. Unsere Stadt hat sich zu einem großen wirtschaftlichen Zentrum entwickelt. Die wirtschaftliche Leistung des Einzelnen ist in Hamburg größer als in anderen Regionen der Bundesrepublik. In Hamburg wird mehr verdient als anderswo. Auch die Arbeitsplätze sind hier sicherer. Das zeigte sich deutlich in der Krise 1966/67. Sichere Arbeitsplätze und höhere Einkommen sind die beste Garantie für die Zukunft unserer Bürger. Wir werden die mittel- und langfristige planende Politik weiter fortsetzen.

Wir sind stolz darauf, Hamburg zum bedeutendsten Zentrum wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Aktivität im Norden Deutschlands entwickelt zu haben. Die Verantwortung für die Sicherung der wirtschaftlichen Zukunft reicht damit weit über die Grenzen unserer Stadt hinaus. Von der Entwicklung unserer Stadt hängt in weitem Umfang auch die Zukunftsentwicklung im norddeutschen Raum ab. Daraus erwächst für uns alle eine große Verantwortung. Wir sind bereit, uns ihr zu stellen und auch die Aufgaben der Zukunft zu übernehmen und zu erfüllen.

2.

An der Spitze unserer Zukunftsaufgaben stehen der Ausbau und die Reform unserer Bildungseinrichtungen. Wir werden die sozial bedingten Bildungsbarrieren weiter abbauen.

Gutes Allgemeinwissen und eine umfassende berufliche Bildung sind die Voraussetzungen dafür, daß jeder den Anforderungen gewachsen ist, die sich aus den wirtschaftlichen Strukturveränderungen ergeben. Von der zeitgerechten Erfüllung dieser bildungspolitischen Aufgabe wird es auch abhängen, ob Hamburg seine wirtschaftliche Stellung behaupten kann.

Die Demokratie fordert die aktive Mitarbeit aller Bürger. Mitarbeiten, mitentscheiden kann aber nur, wer über das nötige Wissen verfügt und fähig ist, es richtig anzuwenden.

3.

Die Freizeit unserer Bürger wird weiter zunehmen. Das ist ein großer sozialer Fortschritt. Wir wollen keine staatliche Regulierung der Freizeit. Wir wollen aber die Voraussetzungen dafür schaffen, daß alle Bürger ihre Freizeit sinnvoll nutzen können. Deshalb werden wir die Fortbildung, den Sport sowie das Angebot an kulturellen Veranstaltungen fördern und weitere Erholungszentren schaffen.

4.

Trotz steigenden Lebensstandards kann der einzelne nicht auf Sozialleistungen der Gemeinschaft verzichten. Diese sozialen Aufgaben werden immer bedeutender. Wir werden die Gemeinschaftseinrichtungen, besonders das Gesundheitswesen, weiter ausbauen. Der Staat wird seiner sozialen Verpflichtung weiterhin gerecht werden. Die Eigenverantwortlichkeit und die Initiative von Bürgern und Verbänden werden wir fördern.

5.

Wo immer Menschen auf engem Raum zusammenleben, kommt es zwischen ihnen zu Auseinandersetzungen und Konflikten. Diese sind ein notwendiges Element des demokratischen Staates. Wir werden es aber nicht zulassen, daß unsere demokratische Ordnung von extremen politischen Kräften zerstört wird. Wir werden Minderheiten schützen. Aber wir werden verhindern, daß Minderheiten ihre Konflikte in und mit der Gesellschaft so austragen, daß die freiheitliche Ordnung und die Rechte anderer verletzt werden. Gewaltaktionen sind der Anfang vom Ende der Demokratie. Pflicht des Staates ist es, die Freiheit des einzelnen, sein Leben und sein Eigentum wirksam zu schützen.

Die nächsten vier Jahre werden darüber entscheiden, wie unsere Stadt in den 70er Jahren und im Übergang zum Jahre 2000 aussehen wird, wie die Bürger in ihr leben, welches kulturelle und wirtschaftliche Aussehen sie haben wird. Ein Regierungsprogramm allein bietet keine Gewähr für eine fortschrittliche und erfolgreiche Politik. Entscheidend ist, wer die Männer und Frauen sind, die hinter diesem Programm stehen. Bürgermeister Weichmann und seine Mannschaft haben in der Vergangenheit bewiesen, daß sie Hamburg richtig führen. Ihre Leistungen haben gezeigt, daß man ihnen die Verantwortung für die nächsten vier Jahre und den Weg in das Jahr 2000 zuversichtlich anvertrauen kann.

Wachsende Wirtschaft – stabile Arbeitsplätze

Schon heute lebt man in Hamburg besser. Besser als anderswo in der Bundesrepublik: Hamburg ist das Bundesland mit dem höchsten Einkommen pro Kopf der Bevölkerung, ein Resultat unserer konsequenten Wirtschaftspolitik. Auch in Zukunft werden wir dafür sorgen, daß dies so bleibt; denn eine ständig wachsende Wirtschaft ist die beste Garantie für sichere und gut bezahlte Arbeitsplätze. Sie ist zugleich die Vorbedingung für die Erfüllung aller Aufgaben, die sich der Stadt für ihre Bürger stellen.

Hamburg ist die Metropole des norddeutschen Wirtschaftsraumes. Die Dienstleistungsfunktionen (z. B. Handel, Banken und Versicherungen) für den gesamten norddeutschen Raum konzentrieren sich in Hamburg. Diese Bereiche werden wir auch künftig aktiv fördern. Nach der City Nord wollen wir die planerischen Voraussetzungen für neue Zentren in Ottensen und Harburg schaffen.

Hamburg wird sich verstärkt für die Schaffung einer Untereibe-Wirtschaftsregion einsetzen. Schon heute wächst hier ein industrieller Ballungsraum, den die Hansestadt durch den Bau der Atomkraftwerke in Stade und Brundbüttelkoog entscheidend fördert. Wir schaffen durch die friedliche Nutzung der Atomenergie und damit durch die Erschließung neuer, billiger Energiequellen eine wesentliche Voraussetzung, um den Hamburger Wirtschaftsraum konkurrenzfähig zu erhalten.

Nach den großen Ansiedlungserfolgen der letzten Jahre werden wir konsequent weiter industrialisieren. Jedes Jahr wollen wir durchschnittlich 100 ha neue Industrie- und Gewerbeflächen aufschließen. Der Schwerpunkt der Industrialisierungspolitik liegt im Hafenerweiterungsgebiet Hamburg-Süderelbe.

Hamburgs ökonomische Struktur wird auch gekennzeichnet durch die große Zahl mittlerer und kleinerer Unternehmen. Das 1969 verabschiedete Förderungsprogramm für diese Unternehmen wird darum auch in den kommenden vier Jahren sein Gewicht behalten.

Wir werden unsere erfolgreiche Agrarpolitik durch die Förderungsprogramme für Gartenbau und Landwirtschaft fortsetzen. Ihr Ziel ist die weitere Steigerung von Produktivität und Einkommen.

Rationalisierung und Automation erhöhen die Leistungsfähigkeit und damit den Lebensstandard unserer Gesellschaft. Dabei freigesetzte Arbeitnehmer haben Anspruch auf Schutz und Hilfe. Im Rahmen des Arbeitsförderungsgesetzes und in Zusammenarbeit mit den Tarifpartnern werden wir diesen Arbeitnehmern neue berufliche Möglichkeiten eröffnen.

Am Dammtorbahnhof wird ein Kongreßzentrum entstehen, das höchsten internationalen Ansprüchen genügt und zum Mittelpunkt neuer Ströme geschäftlichen und kulturellen Lebens werden soll.

Durch den Bau von Groß-hotels wird die Stadt für den Fremdenverkehr und als Wirtschaftsplatz noch attraktiver.

Wir werden dafür sorgen, daß Hamburg auch künftig zur Spitzengruppe der Welthäfen zählt. Unsere Hafentarbeiter von heute sind Spezialisten für moderne Transporttechnik. Ihr Ausbildungsstand bestimmt entscheidend die Leistungsfähigkeit unseres Hafens. Deshalb werden wir ihre Ausbildung fördern.

Für den Bau eines Tiefwasserhafens bietet unser Gelände bei Neuwerk der deutschen Wirtschaft eine hervorragende Ausgangsbasis.

Die Container-Anlage am Burchardkai wird nach Fertigstellung des 5. Liegeplatzes die größte geschlossene Abfertigungsanlage in Europa sein. Diese Anlage ist so großräumig angelegt, daß ihre Erweiterung auf 16 Schiffsliegeplätze möglich ist.

Eine wesentliche Verbesserung der Wirtschaftlichkeit unseres Hafens bildet der Bau der Köhlbrand-Brücke, die wir als Hochbrücke bauen werden und die die beiden Hafenteile Hamburgs jenseits und diesseits des Köhlbrands miteinander verbindet.

Auf die wirtschafts- und verkehrspolitischen Maßnahmen innerhalb der Bundesrepublik und der EWG werden wir weiterhin Einfluß ausüben, um – anknüpfend an die bisherigen Erfolge – die zu Lasten der deutschen Seehäfen bestehenden Wettbewerbsverzerrungen weiter abzubauen.

Der Bau des Elbe-Seitenkanals (Nord-Süd-Kanal) wird fortgesetzt und soll Mitte der siebziger Jahre beendet sein. Dann wird auch Hamburg den lange geplanten Anschluß an das west- und mitteleuropäische Kanalnetz haben.

Ohne leistungsfähige Flughäfen hat in der moderner Welt eine Metropole keine Zukunft. Um die Mitte der siebziger Jahre wird die erste Startbahn des neuen Großflughafens bei Kaltenkirchen in Betrieb genommen werden können.

Hamburg ist der große Knotenpunkt für den Ost-West-Handel. Durch Beteiligung an den Messen in Posen, Brünn, Budapest, Leipzig und künftig auch Bukarest werden wir unsere Beziehungen zum traditionellen Hinterland unseres Hafens weiter vertiefen. Unsere Aktivität im mittel- und osteuropäischen Raum hat uns zum Botschafter des Vertrauens für die Bundesrepublik in diesen Ländern gemacht. Diese Aufgabe werden wir weiterhin verantwortungsbeußt wahrnehmen.

Moderner Verkehr

Wirtschaftspolitik und Verkehrspolitik sind zwei Seiten ein und derselben Münze. Diese Münze muß die wirtschaftliche Kraft unserer Stadt von morgen garantieren.

Die Verkehrsbedürfnisse der Wirtschaft und die starken Verkehrsströme der Berufstätigen müssen bewältigt werden. Hierzu ist – wie der Erfolg des für die ganze Welt neuartigen Verkehrsverbundes gezeigt hat – ein gutes Nahverkehrssystem Voraussetzung. Darüber hinaus macht es das Wohnen in Hamburg noch angenehmer und verbessert die Erholungsmöglichkeiten in der Stadt.

Der Nahverkehr wird in Hamburg nach einer umfassenden Konzeption neu geregelt. Die Investitionen für Schnellbahnen und Straßenverkehr werden so gelenkt, daß der höchste wirtschaftliche Erfolg mit dem größten Nutzen für die Bevölkerung gekoppelt wird. Im inneren Bereich der Stadt wollen wir der Schiene einen klaren Vorrang vor der Straße geben. Umgekehrt wird für die äußeren Bezirke der Straße der Vorrang vor der Schiene eingeräumt. Eine sinnvolle Verbindung der beiden Verkehrsarten wird durch ein umfassendes Park-and-ride-System sowie durch Omnibusbahnhöfe hergestellt werden.

Zwei neue Schnellbahnlinien werden fertiggestellt: die Linie Billstedt-Stellingen und die neue City-Linie, eine weitere Verbindung zwischen Altona und Hauptbahnhof.

Gemeinsam mit der Deutschen Bundesbahn wird der Bau der Schnellbahnverbindung vom Hauptbahnhof über Harburg-Innenstadt nach Neugraben beginnen.

Auch mit dem Bau der neuen Linien nach Lurup und City-Nord soll in der kommenden Legislaturperiode begonnen werden.

Den Ausbau der Bundesautobahnen und Bundesstraßen in Hamburg werden wir durch intensive Verhandlungen mit dem Bund beschleunigen. Die Bundesautobahn Westliche Umgehung Hamburg wird fertiggestellt. Sie muß durch eine Osttangente ergänzt werden, deren nördlicher Teilabschnitt als Verbindung zwischen dem Flughafen Fuhlsbüttel und dem Großflughafen Kaltenkirchen vorrangig ist. Zu den wichtigsten Maßnahmen, den innerstädtischen Verkehr zu entlasten, gehört der Bau der Autobahn-Kerntangente zwischen der Westlichen Umgehung und dem Horner Knoten.

Mit den Bauarbeiten an weiteren Autobahnen wird begonnen, wenn die Finanzierungsverhandlungen mit dem Bund rechtzeitig erfolgreich abgeschlossen werden.

Den Stadtstraßenbau werden wir auch in den kommenden Jahren mit vielen Millionen DM vorantreiben. Ein weiteres Ausbauprogramm für den Straßenbau wird die geplanten Baumaßnahmen sinnvoll aufeinander abstimmen. Eine besondere Funktion der Verkehrserschließung und -verteilung werden der mittlere und äußere Straßenring in Hamburg haben, deren Fertigstellung wir zügig vorantreiben.

Mit den Nachbarländern werden wir unsere Zusammenarbeit auf dem Verkehrssektor vertiefen, weil wir mit der Gestaltung der Infrastruktur die entscheidenden Voraussetzungen für die wirtschaftliche Entwicklung des gesamten Gebietes setzen.

Bildung für alle

Jeder muß – zukünftig noch mehr als bisher – die Ausbildung erhalten können, die seinen Fähigkeiten entspricht.

Die Einführung des differenzierten Unterrichts, die Erprobung der Gesamtschule, Versuche mit Vorschulklassen und der Ausbau der Hochschulen zu einer Gesamthochschule weisen den richtigen Weg zu diesem Ziel. Für die unmittelbar vor uns liegenden Jahre wird es darauf ankommen, dieses Ziel auch durch einen erhöhten Anteil an der zur Verfügung stehenden Finanzmasse zu sichern.

Im Zusammenwirken mit dem Bund und den anderen Bundesländern werden wir durch eine umfassende und überregionale Bildungsforschung und -planung die Voraussetzungen für die notwendigen grundlegenden Reformen unseres Bildungswesens schaffen und die künftig im Bildungsbereich erforderlichen Kapazitäten ermitteln.

Wir werden von 1970 bis 1974 noch mehr Klassenräume und Fachräume bauen als in der vergangenen Legislaturperiode. Dazu werden wir die Haushaltsmittel für den Schulbau erhöhen und die Vorteile neuer rationeller Baumethoden verstärkt nutzen.

Die Zahl der Lehrer werden wir weiter erhöhen. Das Schwergewicht der neu zu schaffenden Planstellen soll in den nächsten vier Jahren auf den Bildungssektor entfallen. Der größte Teil davon ist für zusätzliche Lehrer bestimmt.

Die Ausbildungsgänge für Lehrer werden wir in Zusammenarbeit mit der Universität und den Berufsverbänden neu konzipieren und straffen. Durch die Einrichtung von Fachhochschulen wird die allgemeine Hochschulreife allen Absolventen der bisherigen höheren Fachschulen verliehen. Auch dadurch wollen wir weitere Studenten für den Lehrerberuf gewinnen.

Um die Durchführung eines modernen Unterrichts zu gewährleisten, werden wir der qualifizierten Fortbildung der Lehrer besondere Aufmerksamkeit schenken. Wir werden deshalb u. a. das Institut für Lehrerfortbildung – in Verbindung mit dem Fachbereich Erziehungswissenschaft – personell und räumlich so ausbauen, daß es den Lehrern ermöglicht wird, sich über den jeweils neuesten Forschungsstand der wissenschaftlichen Pädagogik zu informieren und sich didaktisch und methodisch laufend fortzubilden.

Wir streben an, durch eine Neukonzeption der Lehrinhalte sowie durch Umstellung in den Lehr- und Lernmethoden die Schulzeit an Gymnasien zu verkürzen. Wir werden in der Zusammenarbeit mit den anderen Bundesländern und dem Bund dafür eintreten, daß der Reifeprüfungstermin flexibel gehandhabt wird. In der Regel soll die Hochschulreife nach 12 Jahren erreicht werden können.

Die anlaufenden Versuche mit der vorschulischen Erziehung werden wir fortsetzen und durch die Einrichtung weiterer Vorklassen ergänzen. Für die notwendige wissenschaftliche Begleitung dieser Versuche werden wir sorgen.

Zusätzlich zu den drei bestehenden Gesamtschulen werden wir weitere Gesamtschulversuche einrichten. In Mümmelmannsberg und Steilshoop werden wir erstmals eine neue Baukonzeption für das Modell der integrierten Gesamtschule verwirklichen.

Durch die verstärkte Einrichtung von Arbeitsgemeinschaften und Hausarbeitskreisen für den Nachmittag werden wir weitere Schritte in der Richtung der fünftägigen Ganztagschule erproben. Die Zahl der Ganztagschulen werden wir erhöhen. So werden wir zum Beispiel die beiden als Neubauten geplanten Gesamtschulen Mümmelmannsberg und Steilshoop baulich so gestalten, daß die Ganztagsform von vornherein durchgeführt werden kann.

Dem Sonderschulwesen werden wir auch in Zukunft unsere besondere Aufmerksamkeit widmen. Die Ausstattung dieser Schulen mit Lehr- und Lernmitteln werden wir fortlaufend verbessern. Die Anwendung neuester Erkenntnisse der Pädagogik bleibt gewährleistet.

Wir werden die Voraussetzungen dafür schaffen, daß begabte Haupt- und Realschüler auch noch nach der 8. bzw. 10. Klasse ohne Verlust eines Schuljahres in die Realschule bzw. das Gymnasium überwechseln können. Dementsprechend werden wir die Differenzierung in Leistungskursen weiter ausbauen.

Im Zusammenhang mit dem weiteren Ausbau von 10. Klassen an Haupt- und Berufsschulen werden wir die räumlichen und personellen Voraussetzungen verbessern und darauf hinwirken, daß ein berufsbezogenes 10. Schuljahr auf die Dauer der Lehrlingsausbildung angerechnet wird. Der Zeitpunkt des Berufsbeginns darf nicht immer weiter hinausgeschoben werden.

Der Ausbau des Berufs-, Berufsfach- und Fachschulwesens wird erheblich intensiviert. Deshalb werden wir die Zahl der Lehrer, Klassen- und Fachräume für Berufsschulen erhöhen, um die Zahl der vorgesehenen Unterrichtsstunden in vollem Maße zu gewährleisten.

Neben dem Neubau einer Handelsschule und einer Gewerbeschule werden wir insbesondere mehr Ausbildungsplätze für Sozialpädagogen und Techniker schaffen.

Zur Verbesserung der Berufsbildung werden Initiativen zur Änderung des Berufsbildungsgesetzes ergriffen.

Durch die Verabschiedung des Fachhochschulgesetzes haben wir die Ingenieurschulen, die Bibliothekarschule, die Werkkunstschule, das Sozialpädagogische Institut, die Hauswirtschaftsschule und die Seefahrtsschule in den Hochschulbereich eingegliedert. Das neue Gesetz über die Hochschule für Wirtschaft und Politik ist verabschiedet. Es wird nun darauf ankommen, die Reformgedanken der Gesetze in die Tat umzusetzen.

Die Fachhochschule wird an ihre künftigen Absolventen erhöhte Anforderungen stellen. Wir werden deshalb zur Vorbereitung auf das Studium Fachoberschulklassen einrichten.

In der vergangenen Legislaturperiode haben wir durch erste Gesetze die organisatorische Neuordnung der Universität und der übrigen Hochschulen eingeleitet. Aus der Anwendung dieser Bestimmungen kann sich in einigen Fällen die Notwendigkeit von Änderungen ergeben. Dafür sind wir aufgeschlossen.

In Anlehnung an das Strukturmodell werden wir die Anforderungen erfüllen, die sich aus dem Universitätsgesetz für Besoldung und Stellenplan ergeben.

Die Reform des Hochschulwesens ist nicht in erster Linie eine organisatorische und gesetzgeberische Aufgabe. Im Vordergrund unserer Arbeit in den nächsten vier Jahren wird die Studienreform stehen. Gemeinsam mit den Hochschulen, den anderen Ländern und dem Bund werden wir durch eine Straffung der Studiengänge, eine auf das Wesentliche beschränkte Festlegung des Prüfungsstoffes und eine Verbesserung der Lehr- und Lernmethoden die Verkürzung des Studiums anstreben. Sie soll dem Hochschulabsolventen einen früheren Eintritt in das Berufsleben ermöglichen und gleichzeitig die Leistungsfähigkeit der Hochschulen erhöhen.

Den räumlichen Ausbau der Hochschulen werden wir verstärkt fortsetzen. Die Schwerpunkte werden dabei im Bereich der Universität zunächst bei der Medizin, den Naturwissenschaften, den Wirtschaftswissenschaften und bei der Lehrerbildung liegen. Auch andere Hochschulen, z. B. die Musikhochschule und die Fachhochschulen am Berliner Tor und in Bergedorf, werden ausgebaut. Die Erstellung der im kommenden Jahrzehnt erforderlichen Ausbildungskapazitäten im Hochschulbereich ist jedoch mit den in den nächsten Jahren zur Verfügung stehenden Hamburger Haushaltsmitteln allein und den gegenwärtig vom Bund beigesteuerten Ergänzungsmitteln nicht möglich. Wir werden daher neue Finanzierungsmöglichkeiten prüfen und uns um eine verstärkte Bundeshilfe bemühen.

Wir wollen in Hamburg der wachsenden Bedeutung der Technik in Forschung und Lehre stärker Rechnung tragen und damit gleichzeitig Hamburg als Wirtschaftsplatz stärken. Wir werden daher weitere Schritte gehen, um technische Fächer an der Universität anzubieten.

Wir wollen die Gesamthochschule Hamburg schaffen. Sie wird durch eine rationelle Neugestaltung und Verbindung von Lehr- und Forschungsveranstaltungen die Leistungsfähigkeit des Hochschulbereiches verbessern. Die besondere Struktur einzelner Einrichtungen, wie die Hochschule für Musik und die Hochschule für bildende Künste, muß dabei respektiert werden.

Die vierte Säule unseres Bildungswesens – die Erwachsenenbildung – bedarf unserer ganzen Aufmerksamkeit. Die in Hamburg vorhandenen bewährten Einrichtungen werden weiter ausgebaut und der Bildungsurlaub angestrebt.

Städtebau von morgen

Der Wiederaufbau Hamburgs ist nach dem Kriege in erster Linie durch den Wohnungsbau geprägt worden. Jetzt gilt es im Städtebau neue Akzente zu setzen. Unsere Aufgabe ist es, die Entwicklungstendenzen unserer Gesellschaft möglichst frühzeitig zu erkennen und den ständigen Wandel unserer Lebensformen in moderne Planung umzusetzen. Das Entwicklungsmodell für Hamburg und sein Umland hat neue Maßstäbe gesetzt. Vorausschauend für Jahrzehnte wird darin der Flächenbedarf für Wohnen, Arbeit, Freizeit, Bildung und Verkehr festgelegt. Auf seiner Grundlage werden wir unsere Stadt zu einem modernen, leistungsfähigen Zentrum weiterentwickeln. Zu einer Großstadt, in der zu leben sich für jeden Bürger auch in Zukunft lohnt.

Als nächste Stufe zur Erarbeitung einer neuen planerischen Gesamtkonzeption für unsere Stadt werden wir auf der Grundlage des Entwicklungsmodells einen neuen Flächennutzungsplan aufstellen. Er soll die Globalaussage des Entwicklungsmodells verfeinern und die Grundlage für verbindliche Bauleitpläne liefern.

Für ein mögliches Bevölkerungswachstum werden wir eine umfassende Flächensicherung betreiben.

Der soziale Wohnungsbau wird fortgesetzt. In den Jahren 1970 bis 1974 wollen wir wiederum rund 30.000 Wohnungen mit öffentlichen Mitteln fördern.

Neue Wohnsiedlungen wollen wir in Steilshoop, Mümmelmannsberg, Hummelsbüttel, Kirchdorf und in Poppenbüttel bauen. Wo immer es möglich ist, wollen wir auch im innenstadtnahen Bereich Wohnungen errichten, z. B. in St. Georg und in der Neustadt. Die neuen Stadtteile werden wir gleichzeitig mit den erforderlichen kommunalen Folgeeinrichtungen ausstatten. Wir werden prüfen, wie durch die Zusammenfassung aller Aufträge bei Arbeitsgemeinschaften, die einen ganzen Stadtteil einschließlich aller Folgeeinrichtungen schlüsselfertig abliefern, Städtebau aus einem Guß entstehen kann.

Im Sielbau werden wir den ersten Abschnitt des Hauptsammlers Ost einschließlich seiner wichtigen Nebensammler fertigstellen. Im Raum Harburg und Wilhelmsburg werden wir mit dem Bau des Hauptsammlers Süd beginnen.

Besondere Aufmerksamkeit muß eine Großstadt wie Hamburg der Bewältigung der ständig wachsenden Müllmengen widmen. Deshalb bauen wir eine neue Müllverbrennungsanlage im Stellinginger Moor und erweitern die Anlage in der Borsigstraße, um Spezialmüll vornehmlich aus Industriebetrieben hygienisch einwandfrei verarbeiten zu können.

Im Zuge der Fertigstellung der neuen Schnellbahnverbindungen von Stellingen nach Billstedt und von Altona zum Hauptbahnhof werden um ihren Kreuzungspunkt am Jungfernstieg Fußgängerstraßen eingerichtet. Gleichzeitig wird der Gerhart-Hauptmann-Platz für Fußgänger umgebaut. Dadurch wird eine durchgehende interessante Fußwegverbindung von der Spitalerstraße zum Jungfernstieg geschaffen.

Mit der Sanierung des überalterten Wohnbestandes werden wir in der kommenden Legislaturperiode beginnen. Eine Voraussetzung für eine Sanierung größeren Stils ist die Verabschiedung eines wirksamen Städtebauförderungsgesetzes mit einem fortschrittlichen und praktikablen neuen Bodenrecht durch den Deutschen Bundestag.

Wir unterstützen alle Maßnahmen, die geeignet sind, ungerechtfertigte Mietsteigerungen zu verhindern. Wir fördern daher die Rationalisierung im Baugewerbe, um die Kosten des Wohnungsbaues zu stabilisieren. Vor allem aber setzen wir uns für eine grundlegende Verbesserung des Wohnungsgesetzes ein: Unsere Bürger sollen in der Lage sein, eine familiengerechte Wohnung mit moderner Ausstattung zu mieten.

Leben in der modernen Großstadt

In einer modernen Industriegesellschaft wird es immer mehr Freizeit geben. Dieser Tendenz wird sich die Großstadt von morgen anpassen müssen, um für alle attraktiv zu bleiben. Hamburg ist nicht nur eine Stätte der Arbeit, sondern in immer größerem Rahmen ein Platz für Erholung, Kultur und Sport.

Der Bau neuer Sportplätze in den großen Stadtrandsiedlungen hat Vorrang. Aber auch den Bau von Umkleidehäusern bei vorhandenen Sportplätzen wollen wir fortsetzen. Neue große Sportzentren entstehen in Lohbrügge, Osdorf und Langenhorn (Foorthkamp), gleichartige Freizeitsportzentren werden wir am Opferberg in Neugraben und im Schulzentrum Steilshoop errichten. In Finkenwerder wird die vorhandene Anlage großzügig erweitert und umgebaut.

An der Sechslingspforte bauen wir eine in vier Schwimmbecken unterteilbare Schwimmhalle mit 50 m-Bahnen. Sie wird 1972 fertiggestellt.

Neue Schwimmhallen entstehen außerdem in Ohlsdorf, Volksdorf, Billstedt/Horn und Rahlstedt. Der Bau von sechs weiteren Schwimmhallen wird planerisch vorbereitet.

Das neue Sommerbad in Hamm (Aschberg) wird 1970 fertiggestellt. Die Freibäder in Bergedorf und Osdorfer Born werden neu gebaut. Das Programm, unsere Sommerbäder schrittweise mit Anlagen zur Erwärmung des Wassers auszustatten, wird fortgesetzt.

Im Raum zwischen Moorfleet und Bergedorf werden wir im Rahmen eines großen Freizeit- und Naherholungszentrums den Ausbau der Wasserflächen zu Regattastrecken für Rudern und Kanusport beginnen.

Zur Förderung des Leistungssports an Schulen und in Vereinen werden aus einem Mehrjahresprogramm von insgesamt 12 Objekten die Regionalsporthallen bei den Gymnasien Christia-neum (Gr. Flottbek), Müsenerredder (Poppenbüttel) und Wegenkamp (Stellingen) errichtet. Mit nutzbaren Sportflächen von 26 x 44 m und Tribüneneinrichtungen für bis zu 400 Zuschauer werden die Möglichkeiten für regionale Hallensportveranstaltungen entscheidend verbessert.

Ab 1972 soll das Programm jährlich mit dem Bau einer Regionalsporthalle fortgesetzt werden.

Die Universität erhält ein neues Sportzentrum mit Sport-, Turn- und Gymnastikhallen und einem Laboratorium für sportmedizinische Forschung und Untersuchungen.

Wir werden den Serienturnhallenbau im bisherigen Umfang fortsetzen. Das bedeutet, daß in jedem Jahr zehn Normalturnhallen errichtet werden. Damit sollen die Möglichkeiten des Turn- und Sportunterrichts an Schulen und des Trainingsbetriebes der Vereine und Verbände laufend verbessert werden. Das Programm im Serienturnhallenbau ist überall dort zu korrigieren, wo mehrzügige Schulsysteme zu Sonderlösungen eines größeren Serienturnhallentyps zwingen. Auch damit ergeben sich verbesserte Möglichkeiten der vereinssportlichen Nutzung.

Hamburg ist Austragungsort für Spiele um die Fußballweltmeisterschaft 1974. Aus diesem Grunde werden wir im Volksparkstadion die Zahl der überdachten Tribünenplätze auf 20.000 erweitern. Das Volksparkstadion wird höchsten internationalen Ansprüchen des Wettkampfsports genügen. Deshalb werden wir weitere Sondereinrichtungen für Lauf-, Wurf- und Sprunganlagen schaffen.

Wir werden die finanzielle Unterstützung der Hamburger Sportvereine fortsetzen. Durch den festen Anteil an den Lotto- und Totoeinnahmen wird dieser Betrag von Jahr zu Jahr steigen. Dabei werden wir die eigene Verantwortung der Sportselbstverwaltung nicht stören, sondern das Partnerschaftsverhältnis zwischen Staat und Sport bewahren.

Wir werden uns verstärkt darum bemühen, vorhandene Schulsportanlagen und Spielfelder im Sinne einer Mehrzwecknutzung auch an Nachmittagen unseren Kindern zur Verfügung zu stellen. Außerdem wollen wir wieder eine Anzahl von Kinderspiel- und Bolzplätzen schaffen.

Wir werden die öffentliche Förderung der Jugendarbeit in Hamburg fortsetzen. Dazu gehören insbesondere die Jugendorganisationen und Jugendfreizeitstätten.

Die Aktion „Kinder-Ferienpaß“ für Hamburger Kinder, die während der Sommerferien nicht verreisen können, soll wegen ihres großen Erfolges in den kommenden Jahren wieder durchgeführt werden.

Mit dem neuen Theaterpaß des „Kulturring der Jugend“ können die Vorstellungen unserer Oper, Theater und Orchester durch unsere Jugend zu stark verbilligten Preisen besucht werden.

Hamburg wird seinen Ruf als Kulturmetropole pflegen. Dazu gehört auch eine wirkungsvolle Unterstützung unserer Staatstheater. Um die staatlichen Zuschüsse in Grenzen zu halten, müssen auch hier alle Möglichkeiten der Rationalisierung genutzt werden. Wir treten daher für eine engere Zusammenarbeit unserer Staatstheater im betrieblichen und technischen Bereich ein.

Unseren kulturellen Rang verdanken wir auch den Privattheatern. Wir werden sie daher im Einzelfall fördern. Den Ausbau des Ohnsorg-Theaters werden wir unterstützen.

Wir wollen das vielseitige Kulturangebot unserer Stadt weiteren Bevölkerungsschichten nahebringen. Deshalb werden wir die Kulturwerbung ausbauen und verstärken.

Die Wirksamkeit unserer Museen werden wir durch Verbesserung ihrer Ausstattung und Einrichtung erhöhen. Zugleich wollen wir die Zusammenarbeit der Museen mit den Schulen vertiefen.

Unsere soziale Verantwortung

Neue soziale Aufgaben stellen sich unserer Gesellschaft. Hamburg wird sich um die Lösung dieser Probleme bemühen.

In allen Industrienationen wächst der Anteil der über 65jährigen an der Gesamtbevölkerung. Die Anforderungen des Arbeitslebens können zu vorzeitiger Invalidität führen oder werfen das Problem der beruflichen Wiedereingliederung (Rehabilitation) auf. Die Sorgen der berufstätigen Frauen und Mütter verdienen unsere besondere Aufmerksamkeit. Wir werden uns für eine weitere Verbesserung der ärztlichen Versorgung am Arbeitsplatz einsetzen.

Um ein umfassendes Bild von der Lage der alten Mitbürger in unserer Stadt zu gewinnen, werden wir durch ein wissenschaftliches Institut die Interessen, Einstellungen, Erwartungen und Bedürfnisse der alten Menschen in unserer Zeit erforschen, um Art und Umfang geeigneter Hilfsmaßnahmen besser bestimmen zu können.

Der Bau von Freizeit- und Hobbyräumen (Altentagesstätten) wird mit unserer Unterstützung vorangetrieben.

Der Bau von Wohnungen, die den besonderen Bedürfnissen von älteren und von behinderten Menschen angepaßt sind, wird fortgesetzt.

Alte Pflegeheime werden wir modernisieren oder durch neue ersetzen.

Wir werden prüfen, wie die Anlage von Telefonanschlüssen für ältere Bürger gefördert werden kann.

Wir werden im Zusammenwirken mit den freien Wohlfahrtsverbänden die sozialen Dienstleistungen für ältere Bürger weiter ausbauen.

Um die erwerbstätigen Mütter zu entlasten, werden wir zur Betreuung und Erziehung ihrer Kinder in verstärktem Maße Kindertagesheime errichten. Zugleich bemühen wir uns, zusammen mit den Kirchen und gemeinnützigen Organisationen, das Netz der Halbtags-Kindergärten so rasch wie möglich zu verdichten, damit mehr Kinder als bisher bereits im Kleinkindalter eine pädagogische Förderung erhalten. Vielen Frauen kann dadurch auch eine Teilzeitarbeit ermöglicht werden.

Der Ausbau und die Modernisierung der Kinder- und Jugendheime und der Heimschulen werden beschleunigt. Zur Abwehr einer weiteren Gefährdung straffälliger Jugendlicher und zugleich zum Schutze der Bürger ist der Neubau eines speziellen Erziehungsheimes vorgesehen. Die vorbeugenden sozialpädagogischen Maßnahmen sollen intensiviert werden.

Die weitere Einrichtung von Elternschulen und Erziehungsberatungsstellen ist geplant. Die Familienerholung wird weiterhin gefördert.

Durch Beratungs- und Fachkurse werden wir Frauen, die in den Beruf zurückkehren möchten, den Eintritt in die Berufswelt erleichtern. Wir werden nach neuen Wegen suchen, um das Angebot an Teilzeitbeschäftigungen zu erhöhen.

Die Eingliederung unserer behinderten Mitbürger in Arbeit, Beruf und Gesellschaft werden wir weiter fördern.

Unser Gesundheitswesen

Die Entwicklung der medizinischen Wissenschaft und Technik erfordert die Anpassung des Gesundheitswesens an deren jeweiligen Stand. Das gilt sowohl für die vorbeugende als auch für die heilende Medizin.

Wir werden die medizinisch-technische Ausstattung unserer Krankenhäuser weiter verbessern und die Rationalisierung fortsetzen. Wir werden in diesem Zusammenhang überlegen, ob eine Krankenhausbau- und -betriebsgesellschaft für alle staatlichen Krankenhäuser zweckmäßig ist und zur Beschleunigung der noch vor uns liegenden Krankenhausbauten beitragen kann. Eine langfristige Zielplanung des gesamten Gesundheitswesens wird in diesem Jahr abgeschlossen. Damit wird die Voraussetzung für einen den Erfordernissen der medizinischen Entwicklung angepaßten Ausbau des Gesundheitswesens dieser Stadt geschaffen.

Das Allgemeine Krankenhaus Altona in Othmarschen wird fertiggestellt. Durch staatliche finanzielle Hilfen können die Neubauten des Gemeinnützigen Krankenhauses Alten Eichen und des Amalie-Sieveking-Krankenhauses fertiggestellt werden. Als bedeutende Neubauobjekte im Bereich des Universitätskrankenhauses Eppendorf werden die Frauen-, die Augen- und die MRC-Klinik sowie die Apotheke abgeschlossen. Der Neubau des Allgemeinen Krankenhauses Wandsbek wird begonnen. Das Allgemeine Krankenhaus Ochsenzoll und die Alsterdorfer Anstalten (Gut Steegen) werden zu modernen Fachkrankenhäusern für psychisch Kranke ausgebaut. Die planerische Vorbereitung des Neubaus des Hafenkrankehauses und eines Bettenhauses im Allgemeinen Krankenhaus Eilbek wird in Angriff genommen. Im Bereich des Universitätskrankenhauses Eppendorf entsteht ein neues Institutsgebäude. Mit dem Neubau der Pathologie wird begonnen.

Die bewährte Einrichtung der Notfallambulanzen wird erweitert. Ihre personelle und technische Ausstattung wird verbessert.

In den Krankenhäusern werden der Schichtdienst stufenweise eingeführt und dadurch die Arbeitsbedingungen wesentlich verbessert. Von großer Bedeutung ist die Aus- und Fortbildung des Personals. In den nächsten Jahren wird der Bau moderner Fachschulen für Pflegepersonal und medizinisch-technisches Personal verstärkt fortgesetzt. Das Programm zum Bau von Schwestern- und Pflegerwohnungen werden wir fortführen.

Für die Erforschung und Behandlung altersbedingter Krankheiten werden wir in den neuen Krankenhäusern Spezialstationen errichten.

Eine immer größere Bedeutung hat die vorbeugende Gesundheitspolitik. Vorsorgeuntersuchungen, insbesondere zur Früherkennung des Krebses, Impfkationen, vor allem aber auch gesundheitliche Informationen und Aufklärung werden ausgebaut.

Der Arbeitsschutz wird verbessert: Die Erkenntnisse der modernen Arbeitsmedizin werden verstärkt berücksichtigt. Die Errichtung eines Instituts für Arbeitsmedizin, in dem Mediziner und Techniker zusammenarbeiten, wird diese Aufgabe fördern.

Freiheit, Sicherheit und Ordnung

Im Mittelpunkt eines demokratischen Rechtsstaates steht der Schutz des einzelnen Bürgers vor willkürlichen Eingriffen in seine persönliche Freiheit. Das Leben, die Freiheit und das Eigentum der Bürger zu schützen – das ist die erste Pflicht der staatlichen Ordnung. Wir werden in Hamburg dafür sorgen, daß jeder Gefährdung oder Beeinträchtigung der Grundrechte entschieden entgegengetreten wird. Freiheit und Ordnung sind in einem demokratischen Staat keine Gegensätze. Sie bedingen einander und bilden die notwendigen Grundlagen für ein freiheitliches Zusammenleben.

Das Recht auf freie Meinungs- und Willensbildung werden wir schützen. Dazu gehört auch das Recht, friedlich zu demonstrieren. Es ist ein grundlegendes Element des Rechtsstaates und ein wichtiger Faktor des demokratischen Lebens.

Aber wir werden uns in der politischen Auseinandersetzung nicht abfinden mit Gewalt und Terror. Verfassungsfeindlichen Organisationen von rechts und links werden wir mit allen gesetzlichen Mitteln entgegengetreten. Für sie darf und wird es in Hamburg keinen Platz geben.

Der Kriminalität werden wir uns mit Entschiedenheit entgegenstellen und die bislang erzielten Erfolge weiter ausbauen.

Durch einen verstärkten Polizeieinsatz und eine noch gründlichere Ausbildung der Polizeibeamten werden wir die Kriminalität eindämmen.

Eine noch bessere technische Ausrüstung der Polizei ist dazu eine notwendige Ergänzung.

Es ist erforderlich, die vorbeugende Verbrechensbekämpfung zu intensivieren. Wir werden den Aufklärungs- und Beratungsdienst, der der vorbeugenden Verbrechensbekämpfung dient, weiter ausbauen und verbessern.

Wir werden alles tun, um noch mehr Straftaten als bisher aufzuklären.

Eine intensivere Aus- und Fortbildung der Kriminalpolizei und der Ausbau der elektronischen Datenverarbeitung sind dazu notwendige Maßnahmen.

In der polizeilichen Zusammenarbeit der vier Küstenländer werden wir neue Formen anstreben. Wir wollen verhindern, daß sich Straftäter dadurch der Verfolgung entziehen, daß sie von einem Bundesland in das andere wechseln.

Der Reform des Strafvollzuges kommt in diesem Zusammenhang eine besondere Bedeutung zu. Die Strafhaft muß so gestaltet werden, daß der Gefangene in wirksamer Weise auf die Anforderungen des Lebens nach seiner Entlassung vorbereitet wird. In der Verminderung der Rückfallgefahr liegt der beste Schutz für die Bürger. Wir werden deshalb weiterhin für eine Reform des Strafvollzuges mit diesem Ziel eintreten und die dazu erforderlichen Einrichtungen schaffen.

Um den Straßenverkehr von kleinlicher Reglementierung zu befreien, werden wir unser Konzept der flexiblen Verkehrsregelung fortsetzen und ausbauen. Dazu gehört eine größere Freizügigkeit des Verkehrstempos auf dafür geeigneten Straßen.

Wir werden den Katastrophenschutz und die Gefahrenabwehr weiter verstärken. Um die für diese Aufgaben notwendige Privatinitiative noch mehr zu fördern, werden wir die freiwilligen Hilfsorganisationen ausbauen und ihre Zusammenarbeit mit staatlichen Einrichtungen weiter verbessern.

Reform von Parlament und Verwaltung

Zu den grundlegenden Reformen, die unser Staat braucht, gehört eine Reform der Parlamente. Auch die Verwaltung muß sich weiter erneuern. Moderne Arbeitstechniken, neue Organisationsformen und eine demokratische Mitwirkung der Beamten, Angestellten und Arbeiter müssen mehr als bisher das Bild unserer Verwaltung bestimmen.

Wir werden uns in der kommenden Bürgerschaft für eine Parlamentsreform einsetzen. Um die Zusammenarbeit mit den anderen Fraktionen bei dieser Reform werden wir uns bemühen.

Durch eine Verlagerung von Aufgaben und Kompetenzen auf die Bezirksverwaltung sorgen wir dafür, daß auch in der Großstadt die Selbstverwaltung funktionsfähig bleibt und attraktiver wird.

Die Aufgaben des öffentlichen Dienstes werden vielfältiger und umfangreicher. Die staatliche Verwaltung muß sich diesen ständig steigenden Anforderungen durch neue Organisationsformen anpassen. Wir werden deshalb die begonnene Rationalisierung der Verwaltung fortsetzen und den Einsatz arbeitssparender Maschinen und den Ausbau der elektronischen Datenverarbeitung verstärken und beschleunigen. Damit die Beschäftigten diesen Anforderungen gerecht werden können, sorgen wir für eine entsprechende Fortbildung.

Unser Ziel wird es sein, stärker noch als bisher das wirtschaftliche Denken in der Verwaltung durchzusetzen.

Dem wird unsere Personalpolitik entsprechen. Sie wird in erster Linie leistungsorientiert sein. In die Verwaltungslaufbahnen müssen auch in der Wirtschaft bereits Tätige eintreten und entsprechend ihrer Vorbildung und Berufserfahrung eingestuft werden können.

Entsprechende Reformen des Dienstrechts werden wir anstreben.

Wir werden die Mitbestimmung der Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst durch Reform des Personalvertretungsgesetzes ausbauen.

Wir werden die Mitbestimmung in den öffentlichen Betrieben und Unternehmen durch Abschluß von Tarifverträgen und Betriebsvereinbarungen erweitern.

Solide Finanzplanung

Unsere Planungsinstrumente werden wir vervollkommen. Neben der mittelfristigen Planung der Einnahmen und Ausgaben werden wir in Abstimmung mit einem Flächennutzungsplan ein langfristiges Investitionsmodell entwickeln.

Unsere Haushalts- und Finanzpolitik werden wir in die Wachstums- und Stabilitätspolitik des Bundes einordnen.

Das Geld der Steuerzahler soll sparsam ausgegeben werden, ohne die technisch besten Lösungen für die Dienstleistungen des Staates an seine Bürger einzuschränken.

Wir werden die Investitionen der nächsten 4 Jahre nicht ohne weitere Kreditaufnahme finanzieren können, aber deren Umfang wie in der Vergangenheit in vertretbaren Grenzen halten. Der Hamburgische Staat ist bei Banken und Versicherungen ein angesehenener und vertrauenswürdiger Schuldner.

Die solide Finanzpolitik ausgeglichener Haushalte soll fortgesetzt werden.

Die Freie und Hansestadt Hamburg genießt in Deutschland, in der ganzen Welt hohes Ansehen. Die Aufbauleistungen dieser Stadt und ihrer Bürger sind bekannt und anerkannt. Darauf können wir alle stolz sein.

Die Sozialdemokraten haben in den entscheidenden Aufbaujahren in Hamburg die Regierungsverantwortung getragen. Mit Max Brauer, Paul Nevermann und Herbert Weichmann an der Spitze eines leistungsfähigen Senats haben sie Hamburg zu einer weltoffenen Hafen-, Industrie- und Handelsstadt entwickelt. Diese Entwicklung ist nicht abgeschlossen; sie wird kontinuierlich fortgeführt.

Vor vier Jahren hieß unser Wahlspruch „Im Wandel sich bewähren.“ Nach diesem Wahlspruch haben wir gehandelt und werden wir künftig handeln. Unser Ziel: Hamburgs Zukunft sichern.

Eine verantwortliche Politik der Reformen erfordert Mut zu unpopulären Entscheidungen. Das gilt auch bei der Formulierung eines Regierungsprogramms. Wer allen alles verspricht, handelt unverantwortlich. Er weckt Erwartungen, die nicht erfüllt werden können.

Wir Sozialdemokraten haben uns bemüht, ein ehrliches Regierungsprogramm zu formulieren. Wir wollen sicher sein, daß wir unser Wahlversprechen halten und 1974 wieder eine positive Leistungsbilanz vorlegen können. Wir verpflichten uns, mit ganzer Kraft für die Verwirklichung dieses Programms zu arbeiten.

Hamburg soll auch in Zukunft ein Zentrum sozialen und liberalen Geistes sein.



Herausgeber: SPD-Landesorganisation
Hamburg

Verantwortlich: Dr. Paul Nevermann

Druck: Broschek Hamburg



Bibliothek der FES



1105462

SPD

**Hamburgs Zukunft
in die besten Hände**